



## Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik, 11011 Berlin

 (030) 227-73447

 (030) 227-76318

ernst-dieter.rossmann@bundestag.de  
www.ernst-dieter-rossmann.de

# **Pressemitteilung**

Elmshorn, 02.März 2005

## **Rossmann gegen die Cassandra-Rufe der Wirtschaftsfunktionäre: Norddeutsche Koopera- tion wird weiter ausgebaut!**

„Auch die Vertreter der Wirtschaftsverbände sollten jetzt erst einmal die Koalitionsvereinbarung und das Regierungsprogramm abwarten, bevor sie der Entfremdung von Hamburg das Wort reden und Schreckensbilder verbreiten.“ Der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Ernst Dieter Rossmann, der als Landesgruppensprecher für die zehn SPD-Bundestagsabgeordneten aus Schleswig-Holstein an den laufenden Koalitionsverhandlungen in Kiel beteiligt ist, hat kein Verständnis für die Kritik des Präsidenten der Unternehmensverbände Nord, Prof. Dr. Driftmann, an einer Tolerierung durch den SSW aus Gründen der fehlenden norddeutschen Kooperation. Rossmann: „Ein Nordstaat, für den ich persönlich durchaus in der Dreier-Konstellation von Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern Präferenzen habe, steht weder bei der CDU,

noch bei SPD, Grünen oder SSW im Wahlprogramm. Ein Nordstaat wäre auch nicht an erster Stelle eine Angelegenheit der Parteien, sondern müsste letztlich von der Bevölkerung in einem Volksentscheid gebilligt werden.“

Auf der Tagesordnung sieht der Abgeordnete deshalb auch mit erster Priorität die weitere Vertiefung der norddeutschen Zusammenarbeit, für die jetzt neue konkrete Initiativen ergriffen werden müssen und können. Rossmann: „Mit der Zusammenführung der statistischen Landesämter und der Eichämter, dem erweiterten HVV, der HSH Nordbank, der Zusammenarbeit bei den Universitäten, beim Airbus und bei der Verkehrsplanung gibt es hierfür schon viele gute Beispiele. Diese konkrete und die Menschen mitnehmende Zusammenarbeit muss jetzt weiter ausgebaut werden.“ Das überzeuge dann auch die Menschen im Lande, wenn es denn in einer fernen Zukunft wirklich eine Neugliederung der Bundesländer geben sollte. Rossmann: „Das Beispiel Berlin-Brandenburg muss doch allen vor Augen geführt haben, dass sich eine solche Entscheidung der Menschen nicht erzwingen lässt. Mehr Kooperation ist deshalb das Gebot der Stunde.“